

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.
 Ausgaben: Die fünfzehnjährige Zeitzeitschrift 10 Bg.
 Für die Ortsvereine 10 Bg.
 Im Abonnement nach Uebereinkunft.
 Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Fische

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Zeichnungspreisliste: Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (s.-v.)

Nr. 43

Berlin, den 25. Oktober 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt
 Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt
 Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Du hast noch kein Mitglied dem Gewerksverein zugeführt. — Von der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts. — Die Bodenreformer in Posen. Krieg und Volkswirtschaft. — Goldschmidt — Glöck. — Modellstecher, wach auf! — Rundschau: Kontur im Baugewerbe. Entweder geht ihr in den Verband oder wir streifen. Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip. Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Ein schweizerischer Polizei-Erlass gegen das Streikpostenstreifen. Die Ausgaben für Küstungszwecke. — Patentkass. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Duisburg. Stolp. — Lohnbewegung. — Mahnung. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Du hast noch kein Mitglied dem Gewerksverein zugeführt?

© Noch kein einziges? Na aber höre, was sollte werden, wenn alle so gleichgültig wären wie du. Am 15. Februar laufen eine große Reihe Tarifverträge ab im deutschen Holzgewerbe. 50 000 Kollegen kommen bei einer eventuellen Aussperrung in Betracht. Bei solchen Aussichten ist dein Verhalten, lieber Kollege, nicht zu verstehen. Du weißt doch, je stärker wir sind, desto größer ist auch unsere Macht. Daß dieses keine Phrase ist, weißt du, und trotzdem hast du dem Gewerksverein noch kein Mitglied zugeführt?

Meinst du, der Bezirksleiter oder die Ortsverwaltung müßten diese Werbearbeit allein machen? Ach so, du denkst in den Versammlungen müßte die Propaganda für Gewinnung neuer Mitglieder gemacht werden. Wenn du glaubst, daß dieses nur dort gemacht werden soll, dann bist du im Irrtum. Die Versammlungen haben zunächst den Zweck, die Mitglieder über das Leben innerhalb unseres Gewerksvereins auf dem laufenden zu erhalten, ihnen Aufklärung zu geben über alle im Beruf vorkommenden Fragen, Wünsche entgegenzunehmen, Erfahrungen auszutauschen, Anträge durchzubekommen usw., kurz alles zu erledigen, was im Interesse des Gewerksvereins ist. Und dann noch eines, wie oft kommt es denn vor, daß ein Nichtmitglied in der Gewerksvereinsversammlung ist. Ja, wenn du wenigstens Nichtorganisierte in die Versammlung mitbringen würdest, aber auch das hast du versäumt. Du siehst also, daß in solchen Mitgliederversammlungen kein Mitglied gewonnen werden kann. Die Propaganda für den Gewerksverein muß also hauptsächlich außerhalb dieser Versammlungen einfließen und wo wir eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen haben, ist dieses auf die Kleinagitation, auf die Agitation von Mund zu Mund zurückzuführen.

Wie, du meinst, du hättest keine Rednergabe, kein Talent um Mitglieder zu gewinnen? Nun höre mal, diesen Zahn kannst du dir ziehen lassen. Haben wir es etwa notwendig jemanden zu fördern und zu fangen, wie man vielleicht einen Fisch mit der Angel fängt. Für unsere ehrliche Sache brauchen wir keine Ueberredungskunststücke, eine Sache wie die der deutschen Gewerksvereine, die sich zur Aufgabe gestellt, die Lebens- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder zu fördern, ohne den verhassten Klassenkampf aller gegen alle zu predigen, aber auch ohne in das Gegenteil, in eine reaktionäre Wirtschaftsauffassung zu verfallen, ist eine gute. Unsere Auffassung ist eine freibleibliche und zugleich nationale. Wir wollen also die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen hochhalten und erweitern, dabei jedoch immer uns als Deutsche fühlen, die dem Vaterland nicht nützlich oder gar feindlich gegenüberstehen. Für eine solche ehrliche Sache kann man wie du siehst mit ehrlichen Mitteln streifen — und abgesehen davon ist auch von uns allen noch kein einziger mit einem solchen Talent, das du dir denkst, zur Welt gekommen.

Wer Kämpfer werden will muß erst das Kämpfen lernen. In den Versammlungen, durch Teilnahme an Diskussionsabenden, Ausbildungslehren, Lesen der Fach- und Tagespresse, Benützung der Bibliothek muß er sich Wissen und Aufklärung verschaffen, dann wird ganz von selbst, ohne daß man es merkt, das agitatorische Talent hervorgezaubert. Wer sich erst einmal über die vier Hauptfragen klar ist, nämlich: „Was ist der Gewerksverein?“, „Wozu?“, „Was hat er schon erreicht?“, „Welche Aufgaben stellt er sich für die Zukunft?“, dem fällt es nicht mehr schwer für den Gewerksverein zu agitieren und ihm neue Mitglieder zuzuführen.

Du siehst also, lieber Freund, daß du ebenso gut, wie es tausend andere deiner Kollegen schon getan, von Zeit zu Zeit einen neuen Kollegen für

Gewerksverein gewinnen könntest. Daß du uns heute das Geständnis machst, bisher diese Pflicht, bitte es ist sogar eine Ehrenpflicht, vernachlässigt zu haben, ist zwar bedauerlich, aber du zeigst wenigstens, daß du aufrichtig bist. Nimm es uns also nicht krumm, wenn auch wir aufrichtig sind und dir sagen: „Gehe hin und bessere dich.“ Hunderte von Berufskollegen, die uns bei der großen Tarifbewegung im kommenden Winter durch ihr Fernbleiben vom Gewerksverein hindern im Wege stehen, können und müssen für den Gewerksverein gewonnen werden, wenn es nur richtig angepackt wird.

Probieren es daher einmal, ob du nicht auch den einen oder anderen für uns gewinnen kannst. Wenn der gute Wille vorhanden ist, dann wirst du sehen, daß es leichter geht als man manchmal denkt. Du versprichst mir also es zu tun.

Na also, ich wußte ja, daß ich mich in dir nicht täuschte und daß es nur einer Anregung bedurfte um dich zu agitatorischer Mitarbeit anzuspornen. Deshalb freue ich mich doppelt, daß ich mich in deinen Erwartungen nicht getäuscht habe. Also unverzagt ans Werk, denn:

„Frisch gewagt ist halb gewonnen.“

Von der Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts.

Von Magistrateassessor Lange, Neudöln.

IV.

Nach dem Gesetz ist nur erforderlich ein ursächlicher Zusammenhang des Unfalls mit der Beschäftigung des Arbeiters im Betriebe, mit der Betriebsmäßigkeit. Der Begriff des Betriebsunfalls wird verwirrt, wenn man behauptet, es müßte ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Betrieb als solchem vorhanden sein, und daraus folgt, die Eigenart des einzelnen Betriebs müßte die Gefahr schaffen. Nicht darauf kommt es an, ob die unfaßbringende Gefahr dem Betrieb eigentümlich ist, aus ihm heraus erwächst, sondern darauf, ob sie im gegebenen Falle dem Arbeiter tatsächlich beim Betriebe zuzählt. Das schädigende Ereignis braucht nicht aus dem Betriebe heraus, sondern nur in den Betrieb hineinzukommen.

Die ganze Frage muß eben vom Standpunkte des im Betriebe beschäftigten Arbeiters, für den das Gesetz geschaffen ist, und nicht vom Gesichtspunkte der Art und Gefährlichkeit des jeweiligen Betriebs beurteilt werden. Solange man sich bemüht, in der angegebenen, wenn auch gezwungenen Weise einen Zusammenhang zu finden, und ihn auch findet, um den Betriebsunfall zu konstruieren, ist die Sache für die einzelnen Versicherten weniger schlimm. Wirklicher schon für die rechtsprechende Instanz, die sich durch die für eine solche Konstruktion erforderlichen Beweisführungen unnötige Arbeit macht und sich obendrein der Gefahr aussetzt, für die juristisch aekünstelte Begründung solcher Entscheidungen kein Verständnis zu finden und sich Angriffe von allen Seiten anzuziehen. Bedenklich für den Versicherten wird die Sache aber dann, wenn ein Senat überhaupt nicht oder ohne Erfolg abwägt, ein solches Bindeglied ausfindig zu machen. Dann wird, sofern die neue Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts hinsichtlich der Unfälle des täglichen Lebens verlassen werden sollte, dem Versicherten oder seinen Hinterbliebenen wieder die ihnen zukommende Entschädigung für die Folgen des Unfalls verweigert werden, den er lediglich und allein dadurch erlitten hat, daß er die Betriebsmäßigkeit ausübte, und den er ohne die Ausübung der Betriebsmäßigkeit nicht erlitten haben würde. Den rechtsprechenden Instanzen bleibt es dann vorbehalten, die Versicherten oder ihre Hinterbliebenen davon zu überzeugen, daß der wieder ausgegebene Rechtsstandpunkt des Reichs-Versicherungsamts falsch war, und sie damit zu trösten, daß sie einen solchen Unfall auch anderswo hätten erleiden können. Den mit der Betreibung der Ansprüche der Versicherten betrauten Personen und Organisationen würde es sicherlich nicht gelingen, den Rechtsprechenden klar zu machen, was ihnen selbst nicht verständlich ist. Welche Art von Unfall gibt es wohl, die der Versicherte nur im Betriebe erleiden kann und die er nicht ebenso außerhalb würde erleiden können? Sollten alle solche Unfälle keine Betriebsunfälle sein? Auch von allen Unterteilungen würde es mit Unmut aufgenommen werden, wenn das Reichs-Versicherungsamt wirklich wieder dazu übergehen sollte, hinsichtlich der

Unfälle des täglichen Lebens die Höhe seines klaren, verständlichen und verständigen Standpunkts, den es nach jahrelangem Lasten erreicht und der bei allen mit der Frage befaßten höchsten Instanzen unbedingte Zustimmung und Nachfolge gefunden hat, nunmehr selbst wieder aufzugeben.

Zu dem zur Wahrung der Rechtsreinheit berufenen Erweiterten Senat wird man das Vertrauen haben dürfen, daß er einen „Schußwall“ gegen solche destruktiven Tendenzen bilden und einen etwaigen Ansturm nach dieser Richtung standhalten wird. Hoffentlich läßt sich, wie es in dem oben erwähnten Kommissionsbericht heißt, das Reichsversicherungsamt durch „noch so starke Treiberien bestimmter einflussreicher Kreise“ von dieser, dem Sinne der Gesetzgeber unabweisbar entsprechenden Rechtsprechung nicht wieder abbringen. Insbesondere wird es hoffentlich den Bestrebungen einiger überkritigen berufsgenossenschaftlichen Geschäftsführer ein Paroli bieten, die man bei der Neuzugung in der Kommission offenbar im Auge hatte und von denen über das Ziel mitunter hinausgehenden Schriftsätzen erst kürzlich leider der „Vorwärts“ in seiner Nummer 129 vom 6. Juni 1912 eine auffallende Probe liefern konnte. Es wäre erwünscht, wenn der Verband der Berufsgenossenschaften einmal eine Statistik über die „Unfälle des täglichen Lebens“ heibringen wollte. Nichts würde besser beweisen, in wie maßloser Weise die drohende Belastung der Berufsgenossenschaften übertrieben wird. Den Berufsgenossenschaften ist mit solchem Ueberreifer Einzelner nicht gedient, der nur dazu führen muß, die Bewertung ihrer sozialen Tätigkeit und ihrer ungeheuren, den Versicherten zugute kommenden Leistungen zu schmälern. Die Unternehmer selbst sind hier weniger die treibenden Kräfte. Sie halten eigentlich durchweg das Recht ihrer Arbeiter auf Entschädigung aller bei der Betriebsmäßigkeit eintretenden Schädigungen für selbstverständlich und den Ausschluß der sog. Gefahren des täglichen Lebens für abwegig.

Es wäre ein eigenartiges Mißgeschick, wenn das Reichsversicherungsamt das Lob, das es sich namentlich bei der Rundgabe seines neuen Standpunktes hinsichtlich der sog. Unfälle des täglichen Lebens gespendet hat, nämlich daß seine Rechtsprechung sich fortgesetzt im Sinne einer wohlwollenden Auslegung zugunsten derjenigen Personalkreise entwickelt, für welche die Unfallversicherungsgesetze geschaffen worden sind, und zugleich in weitem Umfange dem Willen des Gesetzgebers Rechnung trägt, wenn es dieses Lob gerade aus Anlaß einer Schwankung in derselben Frage widerrufen müßte. In einer bemerkenswerten, an die Adresse aller, die es angeht, gerichteten Entscheidung vom 11. Mai 1912 hat der 1. Rekursenat des Reichsversicherungsamts zur „Gewöhnung“ Stellung genommen, offenbar veranlaßt durch die in letzter Zeit besonders häufige Erörterung dieser Frage. Mit einer für die Aufhebung einer 10 v. H.-Kente selten ausführlichen Begründung, die sich manches Schiedsgericht zum Beispiel nehmen sollte, wird gegen die gedanktenlose Ueberspannung eines an sich zutreffenden Grundlages Front gemacht. Hoffentlich schreitet dieselbe Stelle mit der gleichen dankenswerten Energie ein gegen jene oben erwähnten Bestrebungen, die darauf abzielen, die Rechtsprechung der obersten Instanz auf einem der wichtigsten Gebiete der Arbeiterversicherung nach rückwärts, statt nach vorwärts zu dirigieren.

Die Bodenreformer in Posen.

Vom 4. bis 7. Oktober hielt der Bund deutscher Bodenreformer in Posen seinen Bundestag ab. Die Frage der Bodenreform wird eine immer brennendere und die Ideen des Bundes deutscher Bodenreformer fassen immer mehr Boden. Zählt doch der Bund zur Zeit 1 200 000 Anhänger in allen Kreisen der Bevölkerungsschichten.

Auf der Tagung sprach Professor Dr. Kraß als Arzt und Hygieniker und brachte eine erdrückende Fülle wissenschaftlich begründeter, statistischer Materialles bei, welches dem größten Optimisten in bezug auf die Wohnungsfrage klar machen mußte, daß es so wie bisher im Deutschen Reich nicht weitergehen könne! Geburtenrückgang, Storkulaße, Rachitis, Tuberkulose und wie die Wohnungsnotkinder alle heißen, die das Mark der Jugend verkümmern, den sechsten Teil der Kinder schon im Säuglingsalter dahinstrecken, Hunderttausende von Menschen dem Siechtum, dem vorzeitigen Tode weihen durch das Raufen ab unseres

Eine Tarifikündigung soll in wenigen Wochen in 52 Städten des Deutschen Reiches für zirka 50000 in der Holzindustrie tätige Arbeiter erfolgen.

Volltes, die stolz ihr Haupt in die Lüfte hebende Rieskaferne! Und das alles, weil man den Grund und Boden zum Spekulationsobjekt, zur Handelsware gemacht hat, die Tausenden von Nichtstuern mit dem schon klügenden Titel „Terraininteressenten“ die immerfalligen Taschen füllt, Wohnstätten und Lebensmittel aber künstlich zu schwindelhafter Höhe treibt, infolge der Mängel des bestehenden Boden- und Hypothekenrechts. Doch der Blick weitet sich und die Menschen beginnen es zu begreifen, daß sie eine Heimat haben müssen, eine Heimstätte, damit sie ihr Vaterland wieder lieben lernen!

Das war es, wovon Damaskale in seinen Reden sprach, und das lönte auch aus den Reden Professor Dr. Ermanus, der die Frage des Erdbau-rechts behandelte, aus den Worten des Herrn Zaidisch, des Leiters der nun schon 18 Jahre nach bodenreformatorischen Grundfragen angelegten Zwergkolonie „Eden“ bei Oranienburg, die sogar der Direktor der Ostpreussischen Landesgesellschaft um ihre Erfolge beneidet, das lönte auch aus dem humorvollen Vortrage des Oberbürgermeisters von Ulm!

Es muß noch besonders auf die Rede von Geh. Rat Schramm hingewiesen werden, der die bodenreformatorische Landordnung von Kiantschau schuf, sowie auf die Rede über die deutsche Innenkolonisation von Regierungsrat Sperl und vom Generaldirektor der Ostpreussischen Landesgesellschaft Freiherr von Gantl, der die Hilfe der Bodenreformer im Kampfe um die deutsche Innenkolonisation anrief, die durch den Landwucher der „Güterhändler“ trotz aller Mühe und Arbeit in Frage gestellt werde!

Professor Dr. Rein-Jena wies in seinem Thema: „Jugendberziehung und Bodenreform“ auf den Prophezen Jesajas hin, der den Terrainpekulanten aus der Zeit des Alten Testaments, „die Acker an Acker reichlichen“, ein „Wehe“ zurief! Am Schluß seiner Rede erinnerte der Gelehrte an den Bund der heutigen Terraininteressenten, der unserer Lehrerschaft Halb-bildung vorgeworfen, weil ein Teil von ihr der Bodenreform beigetreten sei! Nun, der andere Teil wird sich das nicht zweimal sagen lassen und dem Bunde schon aus dem Grunde beitreten, weil nur der „Halbgebildete“ ist, der für sein Volk kein Herz hat!

Die Stellung des Beamten zum Bodenreform charakterisierte Admiralitätsrat Danneel, der die Ursache der Preissteigerung der Lebensmittel und Mieten in den Mängeln unseres Bodenrechtes sah, wie Bohlmann-Höhenapfe derselben Ursache unsere gegenwärtige Häusermisse zuschreibt und dem realen Hausbesitzer zurief, er solle sich nicht länger von der Presse des Terrainpekulanten irreliten und zum Vorspann ihrer Interessen machen lassen, sondern in die Reihen der Bodenreformer treten, die eine Reformation unseres ganzen Hypothekenrechtes anstreben, das in erster Linie auch dem Hausbesitzer nützen würde, da die Damnos und andere Schwindel-abgaben alsdann aufhören und die ökonomische Lage des Standes wieder gehoben werden würde!

Den interessanten Schluß der großen Vortragsreihe, die hier lückenlos zusammenhängend nicht gebracht werden kann, bildete Damaskales Programmrede über die Reichsbefähiger, die eine Grund-rente zu zahlen sein müßte. Wer das Wesen dieser Steuer auf Grund eingehender Studien kennen lernen, der würde aber einsehen, daß sie nur dem Grundbesitz nach dem gemeinen Wert treue, den Hausbesitz aber verschone!

Krieg und Volkswirtschaft.

An den Weltbörsen haben schon die ersten zuverlässigeren Nachrichten über die erste Lage auf dem Balkan eine bemerkenswerte Besänftigung der bisher gütigen Stimmung herbeigeführt. Die Situation ist mindestens ebenso kritisch wie in den bedenklichsten Momenten der Marokkofrage. Eine scharfe Abwärtsbewegung der Börse ist unter solchen Umständen unvermeidlich. Zunächst ist auch diesmal die Gefahr, die der Weltwirtschaft droht, eine bedeutend größere als im Vorjahre. Wir sind heute dem Höhepunkt der internationalen Konjunktur schon viel näher gekommen als im Hochsommer 1911. Es ist nicht zu leugnen, daß eine weitere Verächtlichung des Verkehrs und Warenverkehrs im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan zu einer empfindlichen Störung am Weltmarkt und zu einem vorzeitigen Zusammenbruch der Hochkonjunktur führen kann. Zunächst wird die Einwirkung der kriegerischen Entwicklungen davon abhängen, ob es gelingt, den Brand zu lokalisieren. Sollte irgend eine Großmacht genötigt werden, aktiv einzugreifen, so wäre wohlweislich eine Hemmung des gesamten internationalen Wirtschaftens die unmittelbare Folge. Kommt es lediglich zwischen den nördlichen Balkanstaaten und der Türkei zu einem Bösewag, so wird zunächst die wirtschaftliche Entwicklung nur auf einem relativ kleinen Gebiete des Weltmarktes ernstlich gehemmt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß gerade Deutschlands wirtschaftliche Interessen am Balkan und im nahen Orient besonders groß sind. Die Ausfuhr nach den Balkanländern und der europäischen Türkei macht nur 12 bis 15 Prozent des gesamten deutschen Exports aus. Es würde aber auch der Warenverkehr mit Österreich-Ungarn und England, die beide zusammen etwa 19 Prozent der deutschen Gesamtexporte ausmachen, etwas

abkauen. Eine direkte Beteiligung einer dieser Großmächte an den kriegerischen Aktionen wäre allerdings gleichbedeutend mit einer fast vollständigen Lahmlegung von Industrie und Warenverkehr im östlichen Europa. Von besonderem Interesse ist es zu erfahren, welche Zweige der deutschen Industrie von der Störung des Exports nach dem Balkan am meisten betroffen würden. In erster Linie würde die Ausfuhr des Textilgewerbes und der Metall- und der Maschinenindustrie beeinträchtigt werden. Auch die chemische Industrie verlor einen erheblichen Teil ihrer Produkte nach den Balkanländern. Da gleichzeitig auch die Ausfuhr der österreichischen Textilindustrie gehemmt würde, die ein guter Abnehmer für deutsche Farben und Farbstoffe ist, so würde die deutsche chemische Industrie bei längerer Dauer der kriegerischen Ereignisse wohl einen starken Ausfall im Exportgeschäft erleiden. Auch verschiedene Zweige der deutschen Montanindustrie werden ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Rückgang der Konjunktur in den österreichischen Betrieben, die vorwiegend für den Export nach Serbien, Bulgarien usw. arbeiten, wird vor allem eine Abnahme der deutschen Ausfuhr

wie der Holzarbeiter-Verband versucht habe durchzusetzen, daß alle Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis des deutschen Holzarbeiter-Verbandes eingestellt werden dürfen. Freese habe das abgelehnt; aber alle übrigen Holzfabrikanten haben es anerkennen müssen und so ist dem Holzarbeiter-Verband die Monopolstellung vertraglich gesichert.

Ferner führt Goldschmidt die Entlassung unseres Kollegen in der Waggonfabrik von Käte in Halle an; wo der Unternehmer durch den Terrorismus der Verbändler gezwungen wurde, den Kollegen zu entlassen, weil er Gewerkschafter war.

Der sozialdemokratische Stadtverordnete Blocke, welcher auch Vorsitzender der Zählstelle Berlin des deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist, trat Goldschmidt scharf entgegen und behauptete u. a.:

„Bei Freese sind die Hirsch-Dunkerschen Arbeiter in der Mehrheit, da kann ein Terrorismus von sozialdemokratischen Arbeitern gar nicht ausgeübt werden, und weil die Gewerkschafter sich sehr gut mit Herrn Freese fanden, haben die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschafter auf die Sozialdemokraten einen Terrorismus ausgeübt, und zwar so, daß heute überhaupt keine mehr im Betriebe sind. Also gerade das Gegenteil von dem ist wahr, was Herr Goldschmidt gesagt hat.“

Eine solche ungeschämte Unwahrheit, wie sie Herr Blocke hier ausgesprochen hat, sollte man selbst von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht erwarten; man muß sogar annehmen, daß Herr Blocke bewußt die Unwahrheit gesagt hat, denn als Vorsitzender des Holzarbeiter-Verbandes, Zählstelle Berlin, muß ihm bekannt sein, daß zu der Zeit, wo der oben genannte Hergang bei Freese spielte, nicht ein einziger Gewerkschafter, sondern nur einzig und allein Verbändler beschäftigt waren und da hat Herr Blocke die Sitten zu behaupten die Gewerkschafter hätten Terrorismus geübt. Wenn solche direkten Unwahrheiten in Arbeiterversammlungen ausgesprochen werden, dann ist es schon schlimm genug; wenn aber der Stadtverordnetenversammlung der Redaktion Berlin solche Dinge geboten werden, dann weiß man nicht, was man zu einer derartigen Sache sagen soll.

Auf die Ausführungen des Kollegen Goldschmidt bezüglich des Arbeitsnachweises versuchte Herr Blocke die Gewerkschaftermitglieder gegen den Kollegen Goldschmidt auszuspielen, indem er behauptete, Goldschmidt habe nicht die Zustimmung der Gewerkschaftermitglieder; er habe nachgefragt und festgestellt, daß Goldschmidt seine Kollegen nicht hinter sich habe. Gegenüber diesem Versuche möchten wir darauf hinweisen, daß der Gewerkschafter der Holzarbeiter und alle seine Mitglie-der das unterschreibt, was Goldschmidt gesagt hat. Wir können noch hinzufügen, daß gerade unter den Holzarbeitern die größte Gegnerschaft gegen den paritätischen Sacharbeitsnachweis, mit seinem blöden Nummerzwang, wie es Herr Leipart in Hamburg nannte, vorhanden ist.

Dieser Vorgang beweist wieder, mit welcher Unversöhnlichkeit die größten Unwahrheiten in die Öffentlichkeit geschleudert werden in der Annahme, daß sich immer noch Dumme genug finden, die derartiges glauben.

Modelltischler wacht auf!

Wenn man in früheren Jahren die „Eiche“ zur Hand nahm, so fand man fast jedesmal einen Artikel, welcher von den Modelltischlern herrührte. Ob von West oder Süd oder Nord. Und jetzt will es den Anschein erwecken, als ob die Modelltischler schon den Winter Schlaf begonnen hätten, oder aber es herrscht in ihrer Branche eine solche Hochkonjunktur, daß die Kollegen schon den Segen des Zukunftsstaates erreicht haben. Hoffen wir jedoch keines von beiden, sondern besetzen wir uns die Lage der Modelltischler mal im richtigen Lichte. Durch die rapide Entwicklung der Industrie wird jeder Einzelne nach Kräften ausgenutzt. Die Parole heißt nur noch schnell und billig. Seine bekommt man die Zeichnung, und morgen soll schon geliefert werden. Daher auch durch dieses Gassen die zahlreichen Unglücksfälle und die zunehmende Nervosität in unserm Berufsstande. Und dann die Biegsamkeit in unserem Berufsstande durch die Spezialfabriken. Hier arbeitet man auf Werkzeugmaschinen, da auf Turbinen da wieder auf Gasmotoren, hier auf elektrische Maschinen, und da auf Automobile usw. Wie sieht es nun mit der Entlohnung in unserer Branche aus? Gangen wir mal mit Berlin, der Metropole des Reiches an. Die Arbeitszeit beträgt 51—56 Stunden pro Woche. Lohnafford pro Stunde in Maschinenfabriken bis 80 Pf., beim „Stranter“ 1 Mk. und mehr. Im Durchschnitt pro Woche 45 Mk. Das klingt noch. Aber wie sieht es nun in den Provinzstädten aus. Wurde mir doch selbst noch vor einigen Jahren in Bielefeld 0,45 Mk. pro Stunde angeboten. Und dann noch eine Arbeitszeit von 10—11 Stunden pro Tag.

Also Modelltischler allerorts wacht auf, und wahret eure Interessen. Schließt euch zusammen in Sektionen der Modell- und Fabrikantentischler, denn nur dadurch können wir vorwärts kommen. In Rheinland-Westfalen haben wir eifrige Ortsvereine mit vielen Modelltischlern, wo bleiben denn da die Sektionen?

Und dann noch ein ernstes Wort an die Herren Kollegen, welche bei den Metallarbeitern sind. Be-

Kein Kollege versäume, sich gegen Krankheit zu versichern!

Er tut dieses am besten in unserer

Krankenkasse

Es wird ihm nach 13 Wochen Mitgliedschaft gezahlt:

Wochenbeitrag von	Krankengeld pro Tag M.	auf die Dauer von	Sterbegeld M.
10 Pf.	0,50	8 Wochen im Jahr	20,—
21 "	0,80	22 " " "	35,—
33 "	1,25	22 " " "	55,—
45 "	1,70	22 " " "	75,—
57 "	2,15	22 " " "	95,—

Seinen Beitritt anmelden kann jedes Gewerkschaftermitglied beim Ortsvereinsvorstand.

von Kohle, Holz, Roh Eisen und Stahl zur Folge haben. Wenn auch die Aussichten für die weitere Entwicklung der Konjunktur in Deutschland durch den Eintritt der Kriegsgefahr in Osteuropa erheblich getrübt worden sind, so darf doch wiederum nicht übersehen werden, daß gerade neuerdings die Ausfuhr nach Amerika, Großbritannien usw. so stark im Wachsen begriffen ist, daß dadurch für den Anfall am Balkan und in der Türkei ein gewisser Ausgleich geschaffen wird. Schließlich ist auch zu bedenken, daß die Jahreszeit für eine kriegerische Aktion von größerer Ausdehnung schon zu weit vorgeschritten ist. Es ist daher zu hoffen, daß die Hemmungen auch auf wirtschaftlichem Gebiete nur von kurzer Dauer sein werden, so daß die Aufwärtsbewegung der internationalen Konjunktur nicht unterbrochen wird.

Goldschmidt — Blocke.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 3. Oktober 1912 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Kollegen Goldschmidt und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Blocke. Die Sache hat für uns Holzarbeiter insofern ein großes Interesse, als es sich um Dinge dreht, die unsern Gewerkschaftern besonders berühren. Der Sachverhalt ist folgender:

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, betreffend Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angehörigen. Den Stadtverordneten war persönlich ein Vertragsentwurf zugefandt worden, welcher als Vertragsschließende auf Arbeitnehmerseite nur sozialdemokratische Organisationen wie Gewerkschafter-Verband, Metallarbeiter-Verband, Gärtner-Verband vorsch. Das mußte mit Recht den Anschein erwecken, daß von den Antragstellern beabsichtigt war eine Monopolstellung innerhalb der städtischen Betriebe für die freien Gewerkschaften herbeizuführen. Kollege Goldschmidt erklärte sich prinzipiell für den Antrag, erhob aber Bedenken wegen der praktischen Durchführung desselben und betonte, daß ein Tarifvertrag nicht nur zwischen den sozialdemokratischen Organisationen abgeschlossen werden dürfe, denn das würde diesen Organisationen eine Monopolstellung in der städtischen Arbeiterkraft sichern. Zum Beweise, wie von Seiten der sozialdemokratischen Organisationen versucht werde, die Alleinherrschaft an sich zu reißen, wies er darauf hin, daß beim Holzarbeiterverein in Hamburg im vorigen Jahre ein Vorschlag gemacht wurde im Auditorium des Arbeitsnachweises neben den Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes auch je einen Vertreter des Gewerkschaftervereins, der Schriftführer und einen Unorganisierten zu wählen; dieses wurde vom Holzarbeiter-Verband abgelehnt. Er wies ferner auf den Vorgang bei Freese hin,

Um die Gleichgültigen aufzurütteln ist eine rastlose Agitation notwendig: Hunderte von neuen Mitgliedern müssen bis dahin für den Gewerkverein der Holzarbeiter gewonnen werden.

fügen denn diese Kollegen so wenig Berufsstolz und so wenig Opferwilligkeit, daß sie um 10 Pf. weniger Beitrag nach einem Sechser mehr Unterstützung ihren Beruf verleugnen? Ich denke doch ein Holzarbeiter gehört zu den Holzarbeitern, denn nur da können seine Interessen gewahrt werden. Darum, Kollegen, beherzigt diese Worte und schließt mit uns immer fester zusammen im Gewerkverein der Holzarbeiter; in den schon angeführten Sektionen können wir mit allen Kräften arbeiten zum Wohle der Modellstücker.
G. Gerner, Berlin.

Konkurse.

Konkurse im Baugewerbe. Die Depression, die sich seit mehr als Jahresfrist am Baumarkt geltend macht, hat, je länger, desto mehr Opfer gefordert. Insbesondere ist im Verlauf des Jahres 1911 die Zahl der Konkurse im Baugewerbe ganz erheblich gewachsen. 724 neue Fallissements im genannten Gewerbebezirk fielen ins Jahr 1911. Im Jahre 1910 hatte die Zahl der neuen Konkurse im Baugewerbe 629 betragen. Es ergab sich mithin eine Zunahme von 15,1 Proz. Die Konkurse im Baugewerbe machten im Jahre 1910 nur 5,83 Proz. sämtlicher neuen Konkurse aus; im letzten Jahre hingegen entfielen 6,56 v. H. sämtlicher wirtschaftlichen Zusammenbrüche auf Unternehmungen im Baugewerbe. Besonders bedenklich muß es erscheinen, daß die Fälle zugenommen haben, in denen der Antrag auf Konkursöffnung abgewiesen wurde, weil nicht einmal eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse vorhanden war. Die Zahl solcher Fallissements im Baugewerbe stieg von 1910 zu 1911 von 174 auf 196. Besorgt man den Beruf der Gemeinsschuldner im einzelnen, so entfielen von den Konkursen im Baugewerbe im verfloßenen Jahr 241 auf Bauunternehmungen. Bei diesen unterblieb in 52 Fällen die Konkursöffnung wegen Massemangels. Privatarchitekten, Zivilingenieure usw. gingen im letzten Jahre 124 faul; darunter befanden sich 49, bei denen die Aktiva zur Eröffnung des Konkurses nicht reichten. Rautergeschäfte waren an den Zusammenbrüchen des letzten Jahres 91 mal beteiligt, auch hier war der Anteil der Fallissements, in denen die Konkursöffnung wegen Massemangels abgelehnt werden mußte, mit 21 Fällen sehr bedeutend. Stubenmalerei, Lüncher usw. brachen in 67 Fällen wirtschaftlich zusammen, Zimmermeister in 80 Fällen. Was das Resultat dieser Konkurse betrifft, so wurden 464 Verfahren im Jahre 1911 beendet. In 93 Fällen gingen die nicht bevorrechtigten Forderungen völlig leer aus; sie empfingen in bei weitem den meisten, nämlich 265 Konkursen, weniger als 20 Prozent. 74 mal konnten 20 bis 40 Prozent verteilt werden, nur in 32 Fällen erhielten die „glücklichen“ Gläubiger mehr als 40 Prozent ihrer Forderungen.

Entweder geht ihr in den Verband oder wir streiken. Bei einer größeren Zimmerfirma in Leipzig-Möckern traten von den 100 dort beschäftigten Zimmerern 60 in den Streik, weil mehrere unorganisierte Zimmerer bei dieser Firma beschäftigt wurden, und erstere erklärten mit letzteren nicht zusammenarbeiten zu wollen. Dieser Streik stellt gleichzeitig noch einen Vertragsbruch dar, da es in dem Vertrage heißt: „Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nicht-organisierten Arbeitern auf ein und derselben Bau- und Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden.“ Nachdem die Unorganisierten dem Verbandsbegehren waren, wurde die Arbeit wie die „S. R. N.“ wieder aufgenommen. — Es geht doch nichts über die Toleranz dieser Freiheits- und Gleichheitsbrüder.

Sie lügen wie die Teufel, und schwindeln aus Prinzip. In ihrer Nummer 41 der „Holzarbeiterzeitung“ beschäftigt sich dieselbe mit einer Angelegenheit aus Bremen und konstruiert daraus wieder nach bekannter sozialdemokratischer Manier eine Streikbruchgeschichte unseres Gewerksvereins.

Wir würden der Holzarbeiterzeitung zu viel Ehre antun, wenn wir auf all den Blödsinn den der Stripstanz zusammengeschrieben hat, antworten wollten. Allem Anscheine nach liegen diesem edlen Verfasser sozialdemokratischer Wahrheit noch die 150 Mk. Geldstrafe schwer im Magen, die dieser erst vor einiger Zeit wegen Beleidigung bezahlen mußte. Für heute möchte ich nur folgendes feststellen: Unser Kollege hat nicht, wie es in der Holzarbeiterzeitung heißt dort angefangen, wo die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes streikten, sondern die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben den Streik erklärt, weil einer unserer Kollegen dort anfang zu arbeiten. Wenn man sich jetzt hinter den paradiesischen Nachweis verkrümelt, so beweist dieses nur, daß man keinen anderen Grund finden kann, um diese Tat im öffentlichen Munde zu beschönigen. Unser Kollege brauchte nicht durch den Nachweis vermittelte zu werden, weil es sich nicht um einen Maschinenarbeiter, sondern um einen Hilfsarbeiter handelte. Vielleicht verrät uns auch die Holzarbeiterzeitung, durch welche Manipulationen oder unglücklichen Mittel sie in den Besitz des Briefes gekommen ist. Für uns ist damit die Angelegenheit erledigt; denn es hätte

Eulen nach Athen tragen, wenn man von der Holzarbeiterzeitung eine objektive Darstellung solcher Fälle erwarten wollte.
H. M. M. S. K. A. T., Bremen.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Ein recht eigenartiger Fall hat sich in Weida ereignet. Sozialdemokratische Arbeiter sind in einen Streik eingetreten gegen einen ebenfalls sozialdemokratischen Arbeitgeber. Der Fall lag folgendermaßen: Die Ausschachtungsarbeiten zum Klärgrubenbau für die neue Schule waren dem Tiefbauunternehmer Ernst Jul. Baumann, dem Führer der Weidaer Sozialdemokraten, übertragen worden. Die von ihm bei dieser Arbeit beschäftigten Leute legten nun die Arbeit nieder, weil Baumann erklärte, auf die weitergehende Lohnforderungen der Arbeiter nicht eingehen zu können, die darauf hingewiesen hatten, daß die Arbeiter der Konkurrenzfirma bereits 45 Pfg. Stundenlohn bekämen und Baumann wenigstens 40 Pfg. zahlen möge. Die Arbeit hat dann geruht, bis sich teilweise Ersatz einstellte. Der

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau auch für den Sterbefall. Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Begräbniskasse

Bei 13wöchentlicher Mitgliedschaft wird an Sterbegeld gezahlt bei einem Wochenbeitrag von 5 Pf. = 90 M. Eintrittsalter bis zu 45 Jahren,
" 8 " = 144 " " " " 45 "
" 10 " = 180 " " " " 40 "
Das Eintrittsgeld beträgt für jede Person 25 Pf. Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen.

Fall ist recht bezeichnend für die „Genossen“. Noch mehr aber für die Haltung der sozialdemokratischen „Weimarer Volkszeitung“, die kein Sterbenswörtchen über diesen Streik bringt, während sie sich sonst stets als Tugendwächterin über „Ausbeutung“ in bürgerlichen Betrieben zu gebahren pflegt. An sich wäre ja der Fall ganz belanglos, wenn er nicht gar so treffend zeigte, wie die sozialdemokratische Theorie in der Praxis doch regelmäßig verjagt, wenn der Geldbeutel der Obergewonnenen daran beteiligt ist.

Ein schweizerischer Polizei-Erlaß gegen das Streikpostenfischen. Im Kanton Basel hat der sozialdemokratische Polizeivorstand, Regierungsrat Dr. Blocher, folgenden Erlaß gegen das Streikpostenfischen herausgegeben:

„In Anwendung des Polizei-Strafgesetzes ist innerhalb eines Abstandes von 50 Metern vom Stabflements, die von einem Boykott, einer Sperre oder einem Streik betroffen sind, das Postenfischen oder Zettelverteilen, durch welches jene Maßnahmen gefördert werden sollen, verboten.“

Dieser Erlaß ist der Sozialdemokratie natürlich sehr unangenehm und der „Vorwärts“ sucht in seiner Nr. 244 vom 18. Oktober die Sache so darzustellen, als ob dieses Verbot durch den konservativen Stellvertreter Blochers während dessen Ferien erfolgt sei. Um diese Ablehnung für die Leser schmackhafter zu machen, wird noch erzählt, daß der ultramontane Advokat Dr. Feigenwinter einen Antrag auf Erlaß eines Ausnahmegesetzes gegen die freien Gewerkschaften gestellt habe, und die staatliche Förderung der christlichen und gelben Gewerkschaften fordere.

Bei dieser Geschichte will uns bedünken, „der Rabbi und der Mönch, alle beide stinken.“

Die Ausgaben für Rüstungszwecke. Im Jahre 1912 betragen nach der „Köln. Volkszig.“ vom 10. August 1912 die Ausgaben der Großmächte für die Landesverteidigung, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung in Mark:

	Bevölkerung für die (Millionen)	Armee	Marine	insgesamt
Deutsches Reich	66,6	14,23	6,94	21,17
Oesterreich-Ungarn	52,3	8,72	2,27	10,99
Italien	35,0	9,66	4,96	14,62
Frankreich	39,7	18,55	8,53	27,08
England	45,6	12,46	19,72	32,18
Rußland	155,7	6,86	2,28	9,14
Bereinigte Staaten	95,2	6,80	5,61	12,41
Japan	52,2	3,76	3,73	7,49

Es er ist sich damit nachstehende absteigende Reihenfolge: England, Frankreich, Deutsches Reich, Italien, Vereinigte Staaten, Oesterreich-Ungarn, Rußland,

Japan. Was im besonderen die Ausgaben Deutschlands für Meer und Marine betrifft, so beziffern sie sich für das laufende Rechnungsjahr zusammen auf 1558 Mill. Mk., d. i. 18,2 v. H. der Rohausgaben oder 28,8 v. H. der Reinkausgaben des Reiches und der Einzelstaaten, die sich auf 8600 Mill. Mk. oder nach Abzug der sich selbst erhaltenden Betriebe, auf 5200 Mill. Mk. belaufen.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patembureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

Nr. 38e. K. 50117. Leimzwinge. Franz Käfer, Zürich und Arthur Wiefinger, Solikon b. Zürich, Schweiz. Ang. 10. 1. 12.

Gebrauchsmuster:

Nr. 34f. 524437. Zweifseitig furnierte Weichholz-Relieffläche. Relieffabrik Unterhaching bei München, Unterhaching b. München. Ang. 12. 9. 12.

Nr. 38e. 524890. Kröpfzwinge. Ernst Herberger, München. Ang. 12. 3. 12.

Nr. 34i. 524646. Mehrteiliger Spiegelschrank. Möbel-Großhandlung Jos. Goldschmidt, Werkstätten für Handwerkskunst, Frankfurt a. M. Ang. 14. 9. 12.

Nr. 37d. 525256. Fenster. Hercules-Werke Spiralfederfabriken G. m. b. H., Oberlaufungen b. Kassel. Ang. 21. 9. 12.

Nr. 38e. 524390. Schneidenbohrer mit Nachschneidmessern. Gust. Haas, Kronenberg, Rhld. Ang. 17. 9. 12.

Nr. 38e. 524456. Schraubzwinge. Jos. Brahm, Simsburg a. d. Lahn. Ang. 16. 9. 12.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Die vom Geschäftsführenden Ausschuss und der Sozialen Kommission zum 16. Oktober abends einberufene kombinierte Ausschusssitzung erfreute sich eines ungemein zahlreichen Besuchs. Zweck der Veranstaltung war, mit Vertretern der Humboldt-Akademie über die Einrichtung von Arbeiterkursen zu beraten. Die Verhandlungen wurden begonnen mit einer kurzen Ansprache des bisherigen Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf, der auf die Bestrebungen der Humboldt-Akademie kurz hinwies und den Beratungen guten Erfolg wünschte. Das einleitende Referat hatte anstelle des am pünktlichen Erscheinen verbindeuten Dr. Borghardt der stellvertretende Generalsekretär der Humboldt-Akademie, Herr Hausen, übernommen, der den Wert der Bildung für den Arbeiter hervorhob und dem Wunsch Ausdruck verlieh, daß es möglich sein möge, einen Weg zu finden, die Bestrebungen der Humboldt-Akademie der Arbeitererschaft nutzbar zu machen. Er erklärte, daß auch mit den andern Arbeiterorganisationen Verhandlungen stattfinden würden; die Kurse könnten aber sehr wohl gemeinschaftlich abgehalten werden, da Fragen, über die unter den Organisationen Meinungsverschiedenheit besteht, nicht in das Lehrprogramm aufgenommen werden sollen. Der Unterricht sei so gedacht, daß sich an den Vortrag jedesmal eine Diskussion anschließt. Als Lehrgebühr sollen 2 M. für den Hörer gezahlt werden, von denen die Hälfte er selbst, die andere die Organisation zu zahlen hat. Die Diskussion eröffnete der Verbandsredakteur, Kollege Lewin, der auf Grund seiner Erfahrungen als Leiter des Diskussionsklubs Anregungen gab und Vorschläge für Vortragsthemen machte. Die weitere Aussprache, an der sich die Kollegen Bleicher, Willhöner, Hartmann, Ehlerz, Sulian, Beck und Krüger beteiligten, fand durchaus auf der Höhe, und es war eine Freude mit anzuhören, wie sämtliche Redner den Wert der Bildungsbestrebungen anerkannten und praktische Fingerzeige für die erfolgreiche Durchführung des Planes gaben. Zu seinem Schlußwort sprach der Referent, Herr Hausen, seine lebhafteste Begegnung aus über das rege Interesse, das er in der Versammlung gefunden hat, und für die Form, in der dieses Interesse zum Ausdruck gebracht worden ist. Er versprach das größte Entgegenkommen seitens der Humboldt-Akademie, noch in den Dank für die lebhafteste Anteilnahme auch den Ausdruck seiner Freude mit ein, daß verschiedene Redner das Wirken von Dr. Max Girsch als Mitbegründer der Humboldt-Akademie anerkennend hervorgehoben hatten. Nachdem der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, als Leiter der Versammlung dem Referenten den Dank für seine Bemühungen ausgesprochen hatte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Ausschüsse der Ortsvereine von Berlin beschließen die Einführung von Arbeiterkursen durch die Humboldt-Akademie. Der Beitrag für den Kursus beträgt für die Teilnehmer 1 M. Die übrigen Kosten tragen die Verbandskasse und die Soziale Kommission gemeinsam. Die Ausschüsse verpflichten sich, in ihren Ortsvereinen für den Besuch der Kurse zu wirken.“

Zur weiteren Durchführung des Planes beschloß die Versammlung die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und der Sozialen Kommission. Nachdem sodann noch Kollege Bredt eine Mahnung betreffend

die Gewerbegerichtswahlen an die Versammlung gerichtet hatte, trennte man sich nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerbevereine.

Berlin. Der Bezirk Nord und die Branche der Modell- und Fabrikfischer hält am Sonnabend, den 26. Oktober 1912, im Brauereiausgang Oswald Berliner, Brunnenstraße 140, einen Familienabend, bestehend aus musikalischen und humoristischen Vorträgen und Theateraufführung, ab. Anfang 8 1/2 Uhr Abends. Eintritt inklusive Tanz und Garderobe 25 Pf. Wir empfehlen allen Berliner Kollegen den Besuch dieser Veranstaltung, die eine urgemüthliche zu werden verspricht.

Duisburg. (Soziale Wahlen). Bei den am 11. Oktober im Duisburger Bezirk getätigten Gewerbegerichtswahlen erhielten die Gewerbevereine und evangelischen Arbeitervereine von 10 zu wählenden Beisitzern in Duisburg 2 Mandate. Die Christen und Freien je 1 Beisitzer. Indem wir in Duisburg trotz der schlechten Wahlbeteiligung noch einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, verloren die Christen hier rund 407 und die Genossen 100 Stimmen. In Duisburg-Ruhrort erhielten die Gewerbevereine von 10 Beisitzern 3, die Christen 4, die Freien 2 und die Polen 1 Beisitzer. In Duisburg-Meiderich erhielten die Gewerbevereine und evangelischen Arbeitervereine von 10 Beisitzern 3, die Christen 3, die Freien 3 und die Polen 1 Beisitzer.

Stolz. Hier befinden sich die Kollegen von der Firma E. Bloch seit dem 16. Juli in einem Abwehrstreik. Die Firma versuchte vorgerichtet, den im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifvertrag zu umgehen, indem sie Teilarbeit einführt, wodurch die Firma den Profit wesentlich erhöhte, und die Kollegen geschädigt wurden. So kam der Preis z. B. bei Fertigstellen der Teilarbeit, die Flügelstüren mit einer Schlagleiste, statt laut Tarif 4,75 Mk. nur 2,50 Mk. Der Betrieb fertigt bessere Berliner Bauarbeit an. Während der Bewegung hat sich nun eine Anzahl ungelernete Arbeiter eingefunden, die aus sämtlichen Berufen zusammengewürfelt sind. Dieses Arbeitermaterial liefert jedoch so minderwertige Arbeit, daß diese in Stolz schwerlich oder gar nicht Abnahme findet. Ob man nun in Berlin dauernd diese Erzeugnisse abnimmt, ist wohl fraglich. Da nun in den vorliegenden Differenzen jeither eine Einigung nicht zu erzielen war, und unsere Kollegen trotz der schwarzen Liste des Herrn Bloch in Stolz Arbeit erhalten haben, haben die Verwaltungen beschlossen den Streik aufzuheben. Die Sperre für den Vertrieb bleibt jedoch bestehen. Unsere geschädigten Kollegen haben Klage bei dem hiesigen Gewerbegericht angängig gemacht. Die Firma wurde in dem letzten Verhandlungstermin in 3 Fällen kostenpflichtig verurteilt. Das Urteil in 3 Fällen steht noch aus. Zur Urteilsfällung in dieser Sache waren bis jetzt 4 Verhandlungstermine angesetzt worden. Die Sache wurde in die Länge gezogen, weil bei jedem Termin ein anderer Vorsitz der die Verhandlung führte, und jedesmal erforderlich war, von neuem die Sache zu klären. Einige Kollegen wurden somit fleißig einen ganzen Arbeitstag aus ihrem Arbeitsverhältnis, dabei auch solche, die außerhalb Stolz in Arbeit stehen, gerissen. In den ersten beiden Terminen war schon Klarheit geschaffen, und lag fest, daß die Firma zu verurteilen war. Wir können bei solcher Verzögerung nicht die Vorteile erblicken, die eigentlich das Gewerbegericht in gewerblichen Klagen zur baldigen Erledigung von Differenzen haben soll, wenn es länger als das Amtsgericht, wenigstens hier in Stolz, dazu braucht.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Stolp (Firma Bloch), Striegau (Stuhlfabrik).

Streik in der Striegauer Stuhlfabrik.

Sowie die stetig im Steigen begriffene Teuerung ehemals die Veranlassung war, daß den höheren Bediensteten ihr Gehalt erhöht wurde wie sie jüngst die Ursache der Erhöhung der Löhnung für Soldaten und schon längst für die Erhöhung der Zivilisten des Königs von Preußen bildete, ist die Ursache der Bewegung und des Streiks in der Striegauer Stuhlfabrik geworden. Bei den im Durchschnitt daseibst verdienten Löhnen von 12-24 Mk. pro Woche mußte der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiter zu Forderungen drängen, die einen kleinen Ausgleich zu den sich stetig steigenden Ausgaben bilden sollten.

In einer großen Anzahl von Sitzungen und Versammlungen wurde zur Frage der Bewegung Stellung genommen, vorsorglich wurde alles erwägt, um den gewerblichen Frieden zu sichern. Den gerechten Forderungen, und dem Herabsetzen derselben bei den Verhandlungen von seiten der Arbeitervertreter, waren trotzdem die Zugeständnisse der Fabrikleitung zu geringe. Den Forderungen der Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche etappenweise während der 4-jährigen Vertragsdauer, einem Lohnausgleich und einer Lohnerhöhung von zusammen 8 Pf., einer Festsetzung von Anstellungslöhnen von 22-42 Pf. und einer Akkordzulage von 15% setzte die Fabrikleitung entgegen: Arbeitszeitverkürzung 2 Stunden, Erhöhung des Lohnes von 3 Pf., aber nur für die an den Maschinen beschäftigten Arbeiter, Feststellung eines Einstellungslohnes nur für Hilfsarbeiter über 18 Jahre, und Gewährung einer 10%igen Zulage für einzelne Branchen, mit der Maßgabe, daß gerade die am schlechtesten bezahlten Arbeiten, bei denen die Arbeiter gerade das wenigste verdienen, keine Lohnzulage erfolgen sollte. Um es zu einer friedlichen Einigung zu bringen, ersuchten die Arbeiter Herrn Fabrikbesitzer Jäckel, folgende Vorschläge anzuerkennen. Mit der von ihm vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzung von nur 2 Stunden geben sich die Arbeiter einverstanden, ebenso mit der Zulage für Akkordarbeiten in Höhe von 10%, aber mit der Maßgabe, daß diese für alle Arbeiter und für alle Arbeiten eintreten solle. Für alle Lohnarbeiter solle ein Durchschnittslohn je nach den einzelnen Branchen in Höhe von 22-38 Pf. festgesetzt werden und auf die bestehenden Löhne solle jährlich 2, 1, und wiederum 2 Pf. Zulage erfolgen. Auf die vorher von Herrn Jäckel gebotene Lohnzulage von 3 Pf. hatte sich dieser in einer Verhandlung für eine Zulage von 4 Pf. bereit erklärt, die allerdings auch nicht für alle Arbeiter in Anwendung kommen sollte.

Auf diesen, dem Herrn Jäckel und der sächsischen Streikversicherungsgesellschaft, der Herr Jäckel angehört, bekanntgegebenen Vorschlag wurde von Herrn Jäckel, auf besondere Anfrage der Lohnkommission, mitgeteilt, daß er die Erledigung der Sache seiner oben angegebene Gesellschaft zur Erledigung übergeben habe, die Gesellschaft wiederum teilte mit, daß ein Entgegenkommen des Herrn Jäckel zur Zeit nicht möglich sei. Danach blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als in den Ausstand zu treten. Am 19. Oktober, dem Tage, an dem die 130 Arbeiter, welche die Kündigung eingereicht haben, ihre Entlassung erhalten hatten, fand eine gut besuchte Versammlung des Betriebes statt. Die hier zum Ausdruck gebrachte Stimmung mußte selbst einem Nichtkenner der Ver-

hältnisse das Empfinden einprägen, daß sich die Arbeiter ihres schweren Schrittes wohl bewußt sind. Es gilt für sich, es gilt für ihre Frau und Kinder bessere Verhältnisse zu schaffen. Wo es gilt, für die Seinen zu kämpfen werden die Arbeiter mit Mut und Unerschrockenheit ihren Mann stehen. Jeder wird im Laufe des Kampfes anerkennen müssen, daß die Arbeiter als Männer des Kampfes das ihnen nach den heutigen teuren Verhältnissen wohl zusehende erkämpfen können.

Stolz. Die im Gewerbeverein der Holzarbeiter organisierten Holzspansoffelmacher haben durch ihr einiges Zusammenhalten einen Tarifabschluß zustande gebracht. Besteht auch bei dieser Branche noch vielfach das patriarchalische Verhältnis, so ist doch seit der Organisationszugehörigkeit vieles besser geworden. Brachte doch der Abschluß den Kollegen bedeutende Verbesserungen ihrer behdrftigen Lage. Die Arbeitszeit wurde von 66 auf 59 Stunden herabgesetzt. Der Akkordpreis wurde für das Paar um 1-3 Pf. erhöht. Neben Regelung der Aufschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, treten noch weitere Verbesserungen bei Akkordarbeiten ein. Der Vertrag wurde vom Branchenausschuß auf 2 Jahre abgeschlossen. Nun liegt es an den Kollegen der Branche selbst, durch dauernde Zugehörigkeit zur Organisation die Erfolge aufrecht zu erhalten.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 43. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Zur Beachtung!

Die Bestellungen auf Formulare, Statutenbücher und sonstiges Geschäftsmaterial müssen, wenn diese mit der Versendung der in gleicher Woche fälligen „Eiche“ erledigt werden sollen, bis spätestens Mittwoch vormittags in Händen des Bureaus sein.

Die Mitglieder der Begräbniskasse Nr. 1493b, 1510b in Köftrin, Nr. 266b in Görlitz, 1202, 1202b in Hamburg, Nr. 2415b in Freiburg rekrutieren mit den Beiträgen über die statutarische Frist. Erfolgt innerhalb 14 Tagen keine Gleichgültigkeit derselben, so werden die Mitglieder gestrichen. Der Vorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 26. Oktober 1912: Bezirk Ost und Möbelfischer. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Zehlendorf. Bezirk Nord und Bau-tischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattauich, Brunnenstr. 143, Bezirkversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marschall, Goethestr. 59, Bezirksversammlung.

Sonnabend, den 2. November 1912: Bezirk Ost und Südost. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Koppens-trasse 65. Großer wissenschaftlicher Vortrag der Deutschen Kolonialgesellschaft. Alle Kollegen mit ihren Damen sind hierzu eingeladen. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bienenstöckchen, Schloßstr. 66, Zehlendorf. Modell- und Fabrikfischer. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Zehlendorf.

Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inhalt der Anzeigen ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Ein modernes Kaufhaus. Die Firma Jonas & Co., S. m. b. H., Versandgeschäft in Berlin N. S. 511, Belle-Alliancestr. 3, hat eben ihren illustrierten Prachtkatalog 1912 632 Seiten stark in 4. Auflage erscheinen lassen. Man überzeugt sich beim Durchblättern dieses schon ausgestatteten Buches bald, daß man es mit einem der modernen Großbetriebe zu tun hat, die vermöge ihres ungeheuren Absatzes mit dem kleinsten Nutzen verkaufen können, deren Handelsbeziehungen über die ganze Welt laufen, und die schon durch die tägliche Tätigkeit ihrer Geschäftsführung das Vertrauen des kaufenden Publikums verdienen. Alle möglichen Gebrauchs- und Luxusgegenstände finden sich hier in reichlicher Auswahl vereinigt: Uhren aller Art, Ringe und Narmannendeln, Silber-, Meerscham- und Nickelwaren, allerhand Musikinstrumente, von den Flöten und Trompeten bis zu den Organen und Harmonikas, Theatergläser, Mikroskop, Projektionsapparate, Regenschirme, ja sogar Spielwaren etc. Kurz alles, was einem als technischer Gebrauchsgegenstand im Leben verkommen kann. Die Firma gewährt ihren Kunden in entgegenkommender Weise Zahlungserleichterungen, Teilerstattungen bei bestimmten monatlichen Raten oder 10% Rabatt bei Barzahlung. Denn die ganze Organisation des Geschäftes nimmt besondere Rücksicht auf die Kunden, die mit ihren Ausgaben zu rechnen haben und sich bei Gegenständen, die halb Luxus- halb Bedarfsartikel sind, jede Anschaffung dreimal überlegen müssen. Dabei bereiten denn auch fortwährend zahlreiche Dankumschreiben aus dem Publikum, wie gut das die Firma bei der Besorgung der Bedürfnisse der Kunden zu erkennen und zu befriedigen weiß. Wer sich nicht selbst überzeugen will, oder für den eigenen Bedarf etwas bestellen will, kann sich den mit 4000 Abbildungen versehenen Katalog der Firma kommen, den die Firma gratis versendet, und welcher auch unentgeltlich zu beziehen ist. Die Firma Jonas & Co., Berlin N. S. 511, Belle-

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 26. Oktober 1912, b. Kramer, Hermannstr. 199, **Versammlung.** Soljähriges Erscheinen erwartet **Der Ausschuh.**

Stolz.

Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Bildhauer und Stuckmaler befindet sich bei dem Kollegen Poethke, Schular. 5a, der für die Holzspansoffelmacherbranche bei dem Kollegen R o p l i n, Sandberg 12. Kollegen die hier in Arbeit treten oder sich verändern wollen, sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Arbeitsnachweis und die Kontrollstelle des Ortsvereins Elbersfeld-Barmen

befindet sich bei Kollegen Beisel, Elbersfeld, Baumstraße 14.

Nachen (Ortsverband).

Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 M. Reisenerstattung auf dem Arbeitersekretariat Nachen, Adalberts-einweg 71.

Zwei Drechsler

nach Frankfurt a. M. gesucht. Näheres durch den Kol. F. Kofler, Frankfurt a. M., Dresdenerstr. 16, II.

Nur 87 Pf. pro Quartal kostet die beliebte, gutredigerte Wochenschrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende

„Mitteldeutsche Kurier“

mit seiner 8seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. — Probenummern durch den Verlaa. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbrief-träger, sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstraße 1/2, entgegen.

Zimmerleute - Achtung!

Wiederholt sei auf das allseitig empfohlene Werk von G. Blohm „Das Zimmerhandwerk“ aufmerksam gemacht. Dieses wirklich praktische Lehr-, Nachschlage- und Mal-lationsbuch enthält auf über 600 Seiten 1183 Zeich-nungen, ferner 7 farbige Tafeln und 2 zerlegbare Mo-delle. Jeder Fortwärtstrebende muß es besitzen. Es erleichtert das Fortkommen und hilft verdienen. Preis M. 22.—. Leser der „Eiche“ können es auch gegen monatliche Teilzahlungen von M. 3.— beziehen von G. D. Friedr. Meisner, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10 f.